

Recht und Organisationen – ein rekursives Verhältnis?

Cristina Besio, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Giancarlo Corsi, Università degli Studi di Modena e Reggio Emilia

Margrit Seckelmann, Leibniz Universität Hannover

Im Zentrum des vorliegenden Bandes steht die Analyse des rekursiven Verhältnisses zwischen Recht und Organisationen (Verwaltungen und Behörden, aber auch Unternehmen, Parteien, Verbänden, NGOs, Forschungsinstituten usw.). Die zentrale These lautet, dass Organisationen und Recht einander in iterativen Schleifen beeinflussen. Im Ergebnis wird organisationaler Wandel durch rechtliche Normen (mit)geformt und die Rechtsentwicklung vom Handeln und Entscheiden von Organisationen, die Adressaten rechtlicher Regulierungen sind, (mit)bestimmt. Um dieses komplexe Verhältnis zu erfassen und zudem auch um die Veränderungen zu berücksichtigen, die etwa durch Globalisierungsprozesse, rasche technologische Entwicklung und Verkomplizierung des Rechtes ausgelöst werden, ist sowohl konzeptionell-theoretische Arbeit als auch empirische Forschung notwendig. Zu beiden tragen wir mit diesem Band bei.

Die enge Verbindung zwischen Recht und Organisationen ist längst bekannt und wurde schon von Max Weber (1972 [1922]) thematisiert. Er begreift formale Organisationen bzw. Bürokratien als Ort, an dem die rational legitimierte Gesetze des Rechtsstaates unter Einbezug von Wissen und Fachkompetenzen in einer zuverlässigen Art und Weise umgesetzt werden. Recht ist daher konstitutiv für Organisationen und spiegelt sich in ihren formalen Strukturen (Prozeduren, Hierarchien, Stellen- und Abteilungsstrukturen usw.) wider. Obwohl dies auf unterschiedliche Art und Weise in verschiedenen Typen von Organisationen geschieht (z.B. tiefgreifender und feingliedriger in Verwaltungen als in Unternehmen und NGOs), kann in der modernen Gesellschaft keine Organisation von rechtlichen Regulierungen absehen. Auch und vor allem aufgrund ihrer Konstitution durch Recht, können Organisationen als Rückgrat der modernen Gesellschaft und sogar als Mittel angesehen werden, um deren Wertvorstellungen zu realisieren (u.a. Du Gay 2020; Schimank 2001). Denn in erster Linie durch Gesetze werden Organisationen mit gesellschaftlichen Werten und wertgeladenen Erwartungshaltungen konfrontiert. Wenn Werte wie Rationalität, Neutrali-

tät, Toleranz und heute sogar Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Innovation usw. Eingang in die Gesetzgebung finden, üben sie einen besonderen starken Druck auf Organisationen und ihre Mitglieder aus (Apelt et al. 2020; DiMaggio and Powell 1983; Edelman 2005, 2016).

Rechtliche Normen werden aber nie passiv und ungebrochen übernommen, sondern von Organisationen als mächtigen Akteuren unserer Gesellschaft in spezifischer Art und Weise umgesetzt. Dabei – und dadurch – prägen Organisationen Deutung, Anwendung und Geltung der Gesetze wesentlich mit. Schon die rechts- und sozialwissenschaftliche Implementationsforschung hat gezeigt, dass Regulierungen nie eins zu eins übernommen, sondern stets an lokalen Gegebenheiten angepasst werden. Dies ist vor allem in Bereichen wie Umwelt und Technik der Fall, in denen die Gesetzgebung sehr komplex ist (Trute et al. 2004). Diese Befunde werden von der Organisationssoziologie unterschiedlicher Prägung (von praxistheoretischen Zugängen, aber auch von systemtheoretischen Ansätzen und vom skandinavischen Neoinstitutionalismus) bestätigt und konzeptionell verdichtet. Organisationale Anpassungen werden etwa im skandinavischen Neoinstitutionalismus als „Übersetzungen“ erfasst (Czarniawska und Sevón 2005) oder von Edelman (1999, 2005, 2016) mit dem prägnanten Begriff des „endogenizing“ konzeptualisiert. Damit ist gemeint, dass Organisationen Gesetze ausgehend von ihren internen Bedürfnissen und Anliegen flexibel verwenden; systemtheoretisch steht etwa der Begriff der Respezifikation zur Verfügung, der die organisationspezifische Konkretisierung allgemeiner gesellschaftlicher Erwartungen zwecks Entscheidungsfindung beschreibt (Besio und Meyer 2015). Im Wege der „compliance“ interpretieren Organisationen Gesetze und passen sie flexibel an. Sie füllen Normen mit konkreten Bedeutungen, filtern, selektieren und priorisieren sie, lassen Ausnahmen zu, glätten ggf. Widersprüche und können sogar Probleme verschleiern (u.a. Apelt et al. 2020; Besio und Meyer 2020, 2022; Edelman 2005, 2016; Kette 2021; Ortmann 2003; Schütz et al. 2018).

Neben rechtskonformen Anpassungen und Interpretationen sind in Organisationen auch Phänomene des Handelns an den Grenzen des Rechts (Opitz 2012) und sogar der „brauchbaren Illegalität“ (Luhmann 1964, S. 304–314; Kühl 2020; Schütz et al. 2018) oder der „organisationalen Devianz“ (Pohlmann und Höly 2017) zu beobachten. Dabei werden Rechtsbrüche in der Regel nicht aus egoistischen Motiven, etwa zur persönlichen Bereicherung, begangen, sondern dienen vielmehr dem guten Funktionieren der Organisation. Es handelt sich großenteils um beschränkte Regelabweichungen (wie etwa die Nutzung „kurzer Dienstwege“ oder die Postda-

tierung von Dokumenten), die die alltägliche organisationale Arbeit erleichtern und teilweise sogar notwendig sind, um die Ziele der Organisation (etwa Produktivitätsziele) zu erreichen. Solche Abweichungen von Gesetzen oder Vorschriften sind unter Organisationsmitgliedern ein offenes Geheimnis, dürfen aber nicht öffentlich eingestanden werden, um die formalen Vorgaben und somit Recht und Organisation nicht zu delegitimieren. Während die Funktionalität solcher Regelbrüche unbestreitbar ist, können sie unter Umständen und langfristig höchst problematisch werden und sogar zum Systemversagen führen. Bekannte Beispiele sind etwa die schleichende Devianz von Sicherheitsnormen bei der NASA, die zu katastrophalen Unfällen geführt hat (Vaughan 1996) oder die hartnäckigen Regelbrüche bei Automobilkonzernen, die im sogenannten „Diesel-Skandal“ öffentlich geworden sind und dadurch Schaden auch für die beteiligten Organisationen verursacht haben (Pohlmann 2020).

Diese Phänomene sind bekannt, jedoch fehlen umfassende Analysen, die die Komplexität des modernen Rechts sowie die Vielfalt organisationaler Reaktionen auf rechtliche Regulierungen erfassen können. Organisationen werden heute mit einem Pluralismus an rechtlichen Normen konfrontiert, die nur teilweise untereinander harmonisiert sind, verschiedene Interpretations- und Ermessensspielräume offenlassen und teilweise einschränkend und teilweise ermöglichend wirken (Baer 2023). Vor allem durch hohe Unsicherheit gekennzeichnete Bereiche, wie etwa das Umwelt- und Energierecht, sind zudem durch offene und prinzipienbasierte Regulierungsformen charakterisiert, die flexibel angewendet werden können. Bei allen Regulierungsformen prägt die Anwendung die Regulierungskraft, ihre Deutung und ihre Geltung mit – jedoch in verschiedenen Formen und Ausmaßen. Unter diesen Umständen ist zu fragen, in welcher Art und Weise, durch welche Strategien und Mechanismen und mit welchen Folgen Organisationen mit Gesetzen umgehen. Organisationssoziologisch besonders spannend ist, dass organisationale Übersetzungen und Umgangsweisen in Zusammenhang mit Zielen, Interessen, Strukturen, Praktiken und internen Dynamiken der Organisationen stehen. Wie ist dies zu konzeptualisieren? Inwieweit spielen Ziele, Praktiken, Interessen usw. eine ausschlaggebende Rolle? Inwieweit gelingt eine angemessene Umsetzung der Gesetze und wo sind Grenzen zu sehen? Ist „brauchbare Illegalität“ zunehmend unverzichtbar? Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass Organisationen in der Regel nicht im Alleingang, sondern im Rahmen von Netzwerken und organisationalen Feldern handeln. Daher ist zusätzlich zu erkunden, wie sich organisationale Allianzen, Kooperationen, Wettbewerb und/oder die

reziproke Beobachtung in organisationalen Feldern auf den Umgang mit rechtlichen Normen auswirken.

Nicht nur das Verständnis der Rechtsumsetzung steht im Zentrum dieses Bandes, sondern auch die Rechtsgestaltung und das weniger untersuchte Phänomen, dass Organisationen nicht nur Gesetze mit konkreten Bedeutungen füllen, sondern mit ihren Handlungen und Initiativen die Entwicklung von Gesetzen von vornherein wesentlich beeinflussen (Besio und Seckelmann 2021; Ortmann 2010). Organisationen werden nicht nur geregelt, sondern regeln selbst (Duschek et al. 2012). Durch ihre formalen Strukturen formulieren Organisationen Regeln prozeduraler, definitorischer, aber auch etwa auf moralischer Art. Solche Regeln gelten in erster Linie organisationsintern für Organisationsmitglieder, wirken aber unter Umständen auch organisationsextern etwa in spezifischen Branchen, organisationalen Feldern und/oder im Kontext spezifischer Lieferketten und Kooperationszusammenhänge. Organisationale Regelbildung kann unterschiedlich erfolgen. Sie kann spezifische Übersetzungen von Gesetzen enthalten, in innovative Geschäftsmodellen eingebettet sein, durch besondere Vertragsformen entwickelt werden, im Rahmen freiwilliger Selbstregulierungen von einzelnen Organisationen oder in interorganisationaler Kooperation erfolgen und sogar als Folge von Rechtsbrüchen entstehen. Organisationale Regelbildung schafft dann eine Grundlage, die nicht nur andere Organisationen, sondern auch die Gesetzgebung auf verschiedenen Ebenen immer wieder neu berücksichtigen kann und teilweise muss. Dabei wird es immer wichtiger, dass Organisationen in komplexen und sich schnell verändernden Kontexten antizipativ gegenüber dem Gesetzgeber handeln, Gesetzeslücken füllen und somit regulative Tatsachen schaffen, die das etablierte Recht herausfordern (Skripchenko et al. 2023).

Um diese Prozesse zu verstehen, muss auch berücksichtigt werden, dass Organisationen (Unternehmen, NGOs, Branchenverbände, Think Tanks usw.) aktiv, diskursiv und gezielt etwa durch Beratung, Lobbyarbeit, Verfassung von Stellungnahmen, Teilnahme an partizipativen Verfahren usw. den Gesetzgeber bei komplexen Entscheidungen unterstützen und damit die Gesetzesentstehung schon frühzeitig mitgestalten (Barley 2010; Duschek et al. 2012). Die organisationale Teilnahme an der Entwicklung von Gesetzen ist in modernen demokratischen Staaten offiziell und prozedural durch Partizipationsverfahren, Anhörungen, Bürgerdialogen, Runden Tischen o.ä. geprägt, die die gezielte Beteiligung verschiedener Organisationen wie Verbände, Kanzleien oder Think Tanks an spezifischen Verfahrensstufen und Schritten des Prozesses der Normenentwicklung ermöglichen. Solche

Verfahren werden durch mehr oder weniger gewollte und größtenteils informelle Beziehungen und Lobbyarbeit flankiert.

Dies alles zeigt, dass Organisationen diskursiv, operativ, antizipatorisch, aktiv und/oder stillschweigend dazu beitragen, Recht zu bilden. Jedoch bleiben bezüglich ihrer Wirkung mehrere Fragen offen: Welche Organisationen oder Organisationsverbände haben Regulierungsmacht in den beschriebenen Konstellationen? Wie weit geht ihr Einfluss? Inwieweit wirken Organisationen bei der Formulierung von Normen, bei der Bestimmung von Anwendungsbereichen und vom Kreis der betroffenen Akteure oder auch, grundlegender, bei der Definition von Rechtskonzepten, Indikatoren und Schwellenwerten mit? Wenn man Phänomene wie Lobbying in den Blick nimmt, wird es einerseits deutlich, dass es dabei um einen Kampf verschiedener Interessen und Wertvorstellungen geht, andererseits aber auch darum, dass der Gesetzgeber Expertise braucht, die häufig nur Organisationen wie Konzerne oder Branchenverbände haben. Angesichts des technologischen Wandels und der Verkomplizierung der Gesetzgebung steigt dieser Bedarf sogar, ohne dass die Frage der Legitimität solcher Beteiligung geklärt wäre. Organisationen und Recht stehen somit nicht nur in einem Steigerungsverhältnis zueinander, sondern auch in einem Spannungsverhältnis.

Rekursive Verhältnisse zwischen Recht und Organisationen als Adressaten rechtlicher Normierung lassen sich insbesondere in noch nicht abgeschlossenen Transformationsprozessen wie der Energiewende oder der Digitalisierung beobachten. Hier lassen komplexe und teilweise widersprüchliche Normen weite Spielräume für Interpretationen offen. Gerade bei solchen Prozessen kämpfen verschiedene Akteure um technische Lösungen, aber auch um Werte und Deutungsmuster, mit dem Ergebnis, dass ihre Auseinandersetzungen Folgen für die rechtliche Regulierung haben. Dies geschieht bezeichnenderweise in verschiedenen Ländern in verschiedener Weise. Unterschiedliche rechtliche Traditionen, unterschiedliche kulturelle Einstellungen etwa gegenüber ökologischen Themen oder neuer Technik, sowie unterschiedliche organisationale Bedingungen im wirtschaftlichen Bereich und/oder in der Verwaltung schlagen sich hier nieder. Prozesse wie die Energiewende oder die Digitalisierung vergleichend zu untersuchen, kann dementsprechend zu einem verbesserten Verständnis des rekursiven Verhältnisses zwischen Recht und Organisationen beitragen. Im Sinne der Rekursivität zwischen Recht und Organisationen vollziehen sich die beschriebenen Prozesse in der Zeitdimension iterativ. Auch für die Analyse solcher zeitlicher Abläufe sind die genannten empirischen Phänomene be-

sonders aufschlussreich, weil in deren Kontext Regulierungen stets unter dem Eindruck organisationalen Handelns weiterentwickelt werden (wie etwa am Beispiel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes [EEG] und seiner Novellen besonders gut zu beobachten ist).

Der Sammelband ist interdisziplinär angelegt und führt Beiträge mit einer juristischen und einer soziologischen Perspektive zusammen. Wir kombinieren konzeptionell-theoretische Reflexionen und empirische Untersuchungen in der Überzeugung, dass nur auf diese Art und Weise die Rekursivität zwischen Organisationen und Recht erfasst werden kann. Der Sammelband schließt an die Tagung „Organisation und Recht – ein rekursives Verhältnis? Konzeptionelle Überlegungen und ihre Anwendung auf die Energiewende im deutsch-italienischen Vergleich“ an, die vom 13. bis 16. Juli 2023 in der Villa Vigoni stattgefunden hat, und enthält einige Ergebnisse aus dem Projekt „Rekursive Normenbildung in der Energiewende. Zum Wandel der Energieversorgung“¹.

Wir starten mit vier Texten, die die Wirkungen des *Rechts in Organisationen* samt dem organisationalen Umgang mit Gesetzen gewidmet sind. Alberto Cevolini und Giancarlo Corsi beschäftigen sich in ihrem Beitrag „Organisationen und Recht im 21. Jahrhundert – Zwischen Interessenabwägung und Risikobewältigung“ mit der Regulierung von Organisationen. Insbesondere wird die Behandlung von Interessenkonflikten durch das Recht in den Fokus gerückt und festgestellt, dass dies in einer globalisierten Gesellschaft immer schwieriger wird. Dies erfordert eine radikale Reflexion der Rechtsnormativität.

Der zweite Text „Die Rechtsfigur der „Selbstbindung“ und die Handlungsfähigkeit öffentlicher Verwaltung. Eine praxistheoretische Betrachtung am Beispiel von Gerichtsentscheidungen im Zuge des Windenergieausbaus“, verfasst von Robert Jungmann, behandelt die öffentliche Verwaltung als einen Organisationstypus, in dem sich gesetzliche Regulierungen stark auswirken. Durch die Analyse der Figur der Selbstbindung der Verwaltung zeigt der Beitrag, wie das Recht einerseits Ermessungsspielräume zulässt, diese andererseits durch die Kopplung an vergangene Entscheidungen eingrenzt. Am Beispiel von Verwaltungsgerichtsurteilen zum Windkraftausbau wird mit einer praxistheoretischen Perspektive gezeigt, wie Gerichtsentscheidungen gleichzeitig Flexibilität und Kontrolle ermöglichen.

1 Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer: 442734315.

Im dritten Text „Digitalisation versus the Law. Tensions and recombinations in the German Bundeswehr“ setzen sich Cristina Besio, Cornelia Fedtke, Uli Meyer und Christine Posner mit der Frage des organisationalen Umgangs mit verschiedenen – kollidierenden – gesellschaftlichen Erwartungen auseinander. Insbesondere werden die Spannungen thematisiert, die zwischen dem Megatrend Digitalisierung und bestehenden rechtlichen Vorgaben bestehen, die nicht spezifisch für digitale Anwendungen entwickelt wurden. In dem Beitrag wird am Beispiel der Bundeswehr gezeigt, wie Organisationen die Erwartungen der Digitalisierung einerseits und gesetzlichen Vorgaben andererseits so respezifizieren und miteinander relationieren, dass die Organisation damit arbeiten kann. Durch ihre Umsetzungsstrategien setzen Organisationen Schwerpunkte in der Digitalisierung und entwickeln antizipatorisch spezifische Regulierungen für eine neue und komplexe Materie.

Ein Ländervergleich wird im Text „Socio-technical conditions for a fair energy transition: a comparative gesture of Renewable Energy Communities’ enabling framework in Germany and Italy“, verfasst von Lorenzo De Vidovich, geliefert. Im Zentrum stehen Energiegemeinschaften, deren Entwicklung in Italien und Deutschland anhand vielfältiger empirischer Daten skizziert wird. Obwohl für beide Länder dieselben europäischen Direktiven gelten, die Energiegemeinschaften fördern, entstehen Energiegemeinschaften schneller in Italien als in Deutschland – ein Ergebnis, das angesichts der stärkeren Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland überraschend ist. Mit einer Mehrebenenperspektive wird die Erklärung in soziotechnischen Elementen gesucht, die unterschiedliche regulatorische Vorgaben sowie die Präsenz unterschiedlicher organisationaler Akteure (wie Energiegenossenschaften und Stadtwerke) in den zwei Ländern umfassen.

Die zweite Gruppe von Texten beschäftigt sich explizit mit der Frage des *Regelbruchs und der brauchbaren Illegalität*. Wir starten mit dem Text von Luca de Lucia „Useful illegality in Italian administrative law“, der das Phänomen der brauchbaren Illegalität in der italienischen Verwaltung behandelt. Der Beitrag untersucht verschiedene Formen der brauchbaren Illegalität, die klassische, die mit organisationalen Dynamiken zu tun hat, und eine zweite Form, die in rechtlichen Entscheidungen ihre Grundlage hat. Insbesondere werden aktuelle Entwicklungen in der italienischen Gesetzgebung dargestellt, die darauf abzielen, die Haftung von Beamten zu beschränken mit dem Ziel, die Implementation bestimmter politischer Ziele zu erleichtern. Der Beitrag verdeutlicht die Relevanz der brauchbaren

Illegalität für das Funktionieren der Verwaltung und für ihre Wirtschaftlichkeit.

Ebenfalls mit dem Begriff der brauchbaren Illegalität arbeitet Cristina Fraenkel-Haeberle in ihrem Beitrag „Ist der zivile Ungehorsam von Klima-Aktivisten ein Beispiel ‚brauchbarer Illegalität‘?“. Der Begriff leitet die Analyse insofern, als die Verfasserin fragt, unter welchen Umständen ziviler Ungehorsam „brauchbar“ und dementsprechend zu rechtfertigen sei. Um diese Frage zu beantworten, setzt sich die Verfasserin mit zahlreichen Typen von Rechtsnormen und mit den Grenzen des Rechtsstaates auseinander. Einerseits gelingt es ihr, die Komplexität der Frage der Brauchbarkeit von Regelbrüchen darzustellen, andererseits kann sie den Begriff, der für die Analyse organisationsinterner Phänomene entwickelt wurde, erweitern und für die Analyse von Regelbrüchen durch Individuen und Akteure nutzen, die kollektiv eine politisch-gesellschaftliche Bedeutung haben.

Die organisationale Verdrängung steht im Zentrum des Beitrags von André Armbruster „Verdrängte Illegalität – Über illegale Praktiken in der katholischen Kirche aus feldtheoretischer Perspektive“. Mit einer feldtheoretischen Perspektive nach Bourdieu kann der Verfasser zeigen, wie es Organisationen gelingen kann, relevante Regelbrüche so zu verdecken, dass es unmöglich wird darüber zu sprechen. Mit stichhaltiger Empirie verdeutlicht der Beitrag, wie tiefgreifend illegale Phänomene wie missbrauchende Priester und Korruption in der katholischen Kirche insofern verdrängt werden, als nicht einmal ein passendes Vokabular zur Verfügung steht, um solche Phänomene zur Sprache zu bringen. Die Folgen der organisationalen Verdrängung sind, dass kriminelles Verhalten nicht umfassend behandelt und dementsprechend nicht wie geboten reguliert und sanktioniert werden kann.

Die dritte Gruppe von Beiträgen nimmt *Prozesse der Normengestaltung* in den Blick. Christian Bauer behandelt in seinem Beitrag „Gesetzesentwicklung und Partizipation auf der Ebene der Ministerialbürokratie des Bundes“ Verfahren der offiziellen Einbindung verschiedener Organisationen im Sinne der „besseren Rechtssetzung“ in verschiedenen Phasen der Gesetzentwicklung auf Ministerialebene. Der Beitrag zeigt, welche Spannungen und Widersprüche entstehen, wenn Organisationen, die nicht zum Zentrum des politischen Systems gehören, in politische Gesetzgebungsprozesse eingebunden werden. Die zentrale Ambiguität der analysierten Verfahren wird durch zahlreiche Details verdeutlicht: Insbesondere in Feldern schneller technologischer Entwicklungen ist die Politik auf externe Experten angewiesen; gleichzeitig sind diese Experten nicht demokratisch

gewählt und tragen immer mehr Partialinteressen in die Gesetzgebung hinein.

Der Beitrag von Anna Skripchenko und Marco Jöstingmeier „Reflexion, Re-Spezifikation, Re-Kombination und Rekursivität. Zum Verhältnis von Recht und Organisation in der Energiewende“ beschäftigt sich zentral mit der Rekursivität der Normenbildung in der Energiewende. Die Verfasser zeigen am Beispiel der Entwicklung des rechtlichen Begriffs der „Bürgerenergiegesellschaft“, wie Organisationen, in diesem Fall Energiegenossenschaften und ihre Verbände, Gesetze reflexiv beobachten und aufgrund ihrer Bedürfnisse und Beschaffenheiten re-spezifizieren. Organisationale Lösungen und Strategien stehen dann wiederum dem Gesetzgeber zur Verfügung. Im Text wird betont, wie einerseits die konkrete organisationsinterne Umsetzung der Gesetze und andererseits die Kommunikation über diese Umsetzung im politischen Raum etwa durch Branchenverbände relevante Momente des organisationalen Beitrags zur Normengestaltung sind.

Insgesamt zeugen die Beiträge von einem immer komplexer werdenden Verhältnis zwischen Organisationen und Recht. Die Fähigkeit der Organisationen, Spielräume in der Rechtsetzung zu finden, autonom in neuen und komplexen Fragen Regulierungen zu formulieren und durch Praktiken der brauchbaren Illegalität rechtliche Vorgaben an ihre Interessen anzupassen, wird vielfach konstatiert. Das Recht scheint einerseits an Durchsetzungskraft einzubüßen, andererseits findet es neue Formen der flexiblen Rechtsetzung, die die Komplexität der Gesellschaft berücksichtigen. Es ist offen für kontinuierliche Anpassungen und entwickelt Verfahren zur Beteiligung verschiedener Organisationen schon im Anfangsstadium der Gesetzgebung. All diese Entwicklungen stärken die These der Rekursivität zwischen Recht und Organisationen und belegen die Notwendigkeit, diesen Zusammenhang weiter zu erforschen.

Literatur

- Apelt, Maja, Henrik Dossdall, und Ray Trautwein. 2020. Wie das Recht in die Organisation kommt – Die Akteur*innen des Antidiskriminierungsrechts in männlich geprägten Organisationen. *Kritische Justiz* 4: 445–456.
- Baer, Susanne. 2023. *Rechtssoziologie. Eine Einführung in die interdisziplinäre Rechtsforschung*. 5. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Barley, Stephen R. 2010. Building an Institutional Field to Corral a Government: A Case to Set an Agenda for Organization Studies. *Organization Studies* 31 (6): 777–805.

- Besio, Cristina, and Margrit Seckelmann. 2021. Free Floating or Free Riding? Recursive Norm Building in the German Energy Transition Using the Example of the Approval of e-scooters in German Cities. In *Luhmann and Socio-Legal Research. An Empirical Agenda for Social Systems Theory*, Eds. Celso Fernandes Campilongo, Lucas Fucci Amato, and Marco Antonio Loschiavo Leme de Barros, 96–109. London: Routledge.
- Besio, Cristina und Uli Meyer. 2022. Gesellschaftliche Wirkung organisationaler Re-Kombinationen: Die Neuausrichtung von Gewerkschaften und Genossenschaften jenseits der Mitgliedervertretung. *Soziale Welt* 73 (3): 546–577.
- Besio, Cristina, und Uli Meyer. 2020. Organisationale Re-Kombination und sozialer Wandel: Eine Forschungsagenda. *Soziale Systeme* 25 (2): 436–456.
- Besio, Cristina, and Uli Meyer. 2015. Heterogeneity in world society. How organizations handle contradicting logics. In *From Globalization to World Society. Neo-Institutional and Systems-Theoretical Perspectives*, Eds. Fatima Kastner, Boris Holzer, und Tobias Werron, 237–257. London/New York: Routledge.
- Czarniawska-Joerges, Barbara, und Guje Sevón (Hrsg.). 2005. *Global Ideas. How Ideas, Objects and Practices Travel in the Global Economy*. Malmö: Liber, Copenhagen Business School Press.
- DiMaggio, Paul J., and Walter W. Powell. 1983. The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. *American Sociological Review* 48 (2): 147–160.
- Du Gay, Paul. 2000. *In praise of bureaucracy: Weber, organization, ethics*. London: Sage.
- Duschek, Stephan, Michael Gaitanides, Wenzel Matiaske und Günther Ortman. 2012. *Organisationen regeln. Die Wirkmacht korporativer Akteure*. Wiesbaden: Springer VS.
- Edelman, Lauren B. 2005. Law at Work: The Endogenous Construction of Civil Rights. In *Handbook of Employment Discrimination Research. Rights and Realities*, Hrsg. Robert L. Nelson, and Laura Beth Nielsen, 337–352. Dordrecht: Springer.
- Edelman, Lauren B. 2016. *Working Law. Courts, Corporations, and Symbolic Civil Rights*. Chicago, London.
- Edelman, Lauren B., Christopher Uggen, and Howard S. Erlanger. 1999. The Endogeneity of Legal Regulation. Grievance Procedures as Rational Myth. *American Journal of Sociology* 105 (2): 406–454.
- Fraenkel-Haerberle, Cristina, Karl-Peter Sommermann und Johannes Socher (Hrsg.). 2020. *Praxis der Richtlinienumsetzung im Europäischen Verwaltungsverbund: die Reichweite der Umgestaltung der nationalen Umwelt- und Energieverwaltung*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Kette, Sven. 2021. Dynamiken der Meta-Formalisierung von Moral. Entdifferenzierung und Personalisierung im Kontext organisationalen Compliance Managements. In *Organisierte Moral. Zur Ambivalenz von Gut und Böse in Organisationen*, Hrsg. André Armbruster, und Cristina Besio, 253–277. Wiesbaden: Springer VS.
- Kühl, Stefan. 2020. *Brauchbare Illegalität: Vom Nutzen des Regelbruchs in Organisationen*. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Luhmann, Niklas. 1964. *Funktionen und Folgen formaler Organisationen*. Berlin: Duncker & Humblot.

- Opitz, Sven. 2012. *An der Grenze des Rechts. Inklusion/Exklusion im Zeichen der Sicherheit*. Weilerswist: Velbrück.
- Ortmann, Günther. 2003. *Regel und Ausnahme. Paradoxien sozialer Ordnung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Ortmann, Günther. 2010. *Organisation und Moral. Die dunkle Seite*. Weilerswist: Velbrück.
- Pohlmann, Markus. 2020. Moral, Integrität und organisationale Kriminalität – am Beispiel der Abgasaffäre. In *Entgrenzte Verantwortung. Zur Reichweite und Regulierung von Verantwortung in Wirtschaft, Medien, Technik und Umwelt*, Hrsg. Anja Seibert-Fohr, 185–204. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Pohlmann, Markus, Kristina Höly. 2017. Manipulationen in der Transplantationsmedizin – Ein Fall von organisationaler Devianz? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69 (2): 181–207.
- Schimank, Uwe. 2001. Organisationsgesellschaft. In *Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie*, Hrsg. Georg Kneer, Armin Nassehi und Markus Schroer, 278–307. München: Fink.
- Schütz, Marcel, Richard Beckmann, Heinke Röbbken. 2018. *Compliance-Kontrolle in Organisationen Soziologische, juristische und ökonomische Aspekte*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Trute, Hans-Heinrich, Wolfgang Denkhäus, und Doris Kühlers. 2004. *Regelungsstrukturen der Kreislaufwirtschaft zwischen kooperativem Umweltrecht und Wettbewerbsrecht*. Baden-Baden: Nomos Verlag. Schriften zur rechtswissenschaftlichen Innovationsforschung.
- Vaughan, Diane. 1996. *The Challenger Launch Decision: Risky Technology, Culture and Deviance at NASA*. Chicago: University of Chicago Press.
- Weber, Max. 1972 [1922]. *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. 5. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.

